

Gekaufte Parteien

Am 1. Juni begann in Bern eine neue Legislatur. Im Grossen Rat bedeutet das, dass Anliegen wieder eingebracht werden können, die das Parlament in den letzten vier Jahren abgelehnt hat. Für mich war lange vor den Wahlen klar, dass ich erneut mehr Transparenz bei den Parteifinzen fordern werde – ein Kernanliegen einer gut funktionierenden Demokratie. Denn nur wenn wir wissen, von wem Parteien Geld erhalten, kennen wir auch deren Abhängigkeiten. Mit nur einer Stimme Unterschied wurde das Anliegen 2008 abgelehnt. Die neue Zusammensetzung des Parlamentes mit der erstarkten BDP bedeutet eine neue Chance für dieses Thema. Die BDP müsste ein vitales Interesse an der Offenlegung der Parteifinzen haben. Im Wahlkampf zumindest kritisierten auch BDP-ler die gigantische Kampagne der SVP-Konkurrenz und fragten nach der Herkunft der dafür nötigen Gelder.

Völlige Transparenz sowohl über die Budgets als auch die Herkunft der Gelder wäre wichtig. Die fehlende Transparenz in der Schweiz rügte jüngst auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). 2008 kam deren Wahlbeobachtungs-Mission zum Schluss, dass die Offenlegung der Parteienfinanzierung zu erhöhter Transparenz des Wahlvorgangs beitragen würde. Andernfalls sei es für finanzkräftige Kreise möglich, unmerkelt grossen Einfluss auf die Politik zu nehmen. Die OSZE ist der Meinung, dass Transparenz für demokratische Wahlen zentral ist. Zu unterschiedlich sind die Mittel der Parteien. Zu viele Politikerinnen und Politiker vertreten in erster Linie eine Bank, Versicherung oder einen Verband – spezifische Interessen also, die nicht immer zwingend im Sinne der Gesamtgesellschaft agieren. Das erleben wir nicht zuletzt bei den Diskussionen um UBS und Staatsvertrag. Da diktieren die Interessen der Grossbanken praktisch nach Belieben die Politik von SVP, FDP, CVP und BDP.

Umso wichtiger ist es also, dass das Stimmvolk weiss, welche Verbindungen zwischen Politikerinnen und Politikern, Parteien und Wirtschaft bestehen. Auch wenn klar ist, dass es in der Politik immer auch um Vertretungen von Interessen geht: Bindungen, die durch finanzielle Abhängigkeiten entstehen können, sollen mit der Offenlegung der Parteifinzen transparent gemacht werden.

*Nadine Masshardt, 25, Grossrätin (SP/JUSO) im Kanton Bern, Stadträtin in Langenthal und MA-Studentin der Geschichte und Philosophie.
www.nadinemasshardt.ch*